

# Verträgliche Lösung für 380-kV-Leitung über den Gaisberg finden

Beschlüsse der Ausschüsse des Salzburger Landtages

Salzburger Landeskorrespondenz, 30. November 2011

(LK) Zum Abschluss der Ausschussberatungen behandelte der Petitionsausschuss heute, Mittwoch, 30. November, unter dem Vorsitz von LAbg. Margit Pfatschbacher (SPÖ) einen Eingabe des Magistrates Salzburg, des Naturschutzbundes, der Bürgerinitiative Guggenthal/Heuberg, des Alpenvereines Salzburg, der Naturfreunde Salzburg sowie der Gemeinderät/innen der Stadt Salzburg gegen die 380-Kv-Leitung über den Gaisberg. In der Petition wird unter anderem eine Änderung des Naturschutzgesetzes verlangt, nach der bei der rechtlichen Prüfung im naturschutzrechtlichen Verfahren für Stromleitungen auch eine Verkabelung als Alternativlösung geprüft werden muss.

Einstimmig beschlossen wurden von SPÖ, Grünen und FPÖ eingebrachte Entschließungsanträge, die zu einem gemeinsamen Antrag mit folgendem Wortlaut verbunden wurden:

1. Der Salzburger Landtag fordert die APG AG dringend auf, unter enger Einbindung der betroffenen Gemeinden, Bürger/innen, Bürgerinitiativen und Experten eine verträgliche Lösung für die 380kV Salzburg Leitung bzw. für deren Trassenführung zu finden, die das Naherholungsgebiet Gaisberg und Nockstein nicht gefährdet.
2. Die Landesregierung wird ersucht, die Fragen zur Anwendung der Alpenkonvention und zur Interessenabwägung des Naturschutzgesetzes unter Einbindung der Petenten und im Expertenkreis prüfen zu lassen und dem Landtag bis 30. März 2012 darüber zu berichten.
3. Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, weitere rechtliche Möglichkeiten des Naturschutzgesetzes und anderer Landesgesetze im Zusammenhang mit dem UVP-Verfahren zu prüfen, die in der Petition zum Ausdruck gebrachten Interessen umzusetzen.
4. Der Landtagspräsident wird ersucht, die Unterzeichner der Petition über den Beschluss des Petitionsausschusses zu informieren.

In der Petition wird auch auf die am 6. Juli 2011 einstimmig verabschiedete Resolution des Gemeinderates der Stadt Salzburg hingewiesen, in der sich der Gemeinderat mit Entschiedenheit für die Erhaltung des Gaisbergs als Naherholungsgebiet mit all seiner Artenvielfalt ausspricht. Eine 380-kV-Leitung über den Gaisberg bzw. seine Flanken wird daher vehement abgelehnt. Der Gemeinderat forderte in der Resolution den Verbund und dessen Projektbetreiber Austrian Power Grid (APG) auf, alle Pläne für eine Trassierung der 380-kV-Leitung über den Gaisberg und Nockstein sofort einzustellen. Weiters werden der Verbund und die APG aufgefordert, einen offenen Planungsprozess unter Einbindung der betroffenen Gemeinden, Bürgerinnen und Bürgerinitiativen und Experten durchzuführen und in sensiblen Bereichen eine (Teil)Verkabelung auszuführen.

LAbg. Dr. Astrid Rössler von den Grünen erklärte, es herrsche in vielen Gemeinden in Salzburg noch Ungewissheit über Verlauf und Errichtung der 380-kV-Leitung und das Bekenntnis zur 380-kV-Leitung sei generell in Frage zu stellen. Sie sprach sich dafür aus, die rechtlichen Möglichkeiten der Alpenkonvention zu prüfen. Für die Petenten brachte der Bürgermeister der Stadt Salzburg Dr. Heinz Schaden seine Sorge darüber zum Ausdruck, dass

von der APG die früher bereits verworfene Trasse über den Nockbergsattel mit markanten Auswirkungen auf das Landschaftsbild nun doch verfolgt werde. Der Vorsitzende des Salzburger Naturschutzbundes Hans Kutil wies auf das erhöhte Leukämie-Risiko durch die geplante Leitung hin, alternative Lösungen seien technisch machbar. Für den Geschäftsführer des Alpenvereins Salzburg, Dr. Roland Kals, sind Nockstein und Gaisberg imageprägend für Salzburg, die aktuellen Projektpläne seien in Hinblick auf den Weltkulturstatus Salzburgs bedenklich. LAbg. Lukas Essl (FPÖ) sagte, der Bundesgesetzgeber sei gefordert, auf Naturschutzinteressen im Land Rücksicht zu nehmen. Der Leiter des Legislativ- und Verfassungsdienstes, Dr. Ferdinand Faber, erläuterte, dass lediglich die Protokolle der Alpenkonvention rechtlich zur Anwendung gebracht werden können. Energiereferent Landesrat Sepp Eisl sagte, mit den bestehenden Landesbestimmungen könne rechtlich wenig gegen die Pläne der APG unternommen werden, vielmehr sei eine Regelung auf Bundesebene nötig. Für LAbg. Walter Steidl (SPÖ) entstand der Eindruck, dass das Aktienrecht für die Politik maßgeblicher sei als andere Regelungen. Klar sei, dass zur Durchsetzung der Interessen der Bevölkerung mehr Geld in die Hand genommen werden müsse, offen sei die Kostentragung. Umweltreferent Landesrat Walter Blachfellner machte deutlich, dass leistungsfähige Energienetze vor allem in Hinblick auf erneuerbare Energien nötig seien. Dipl.-Ing. Wolfgang Hafner von der APG betonte, dass das Nocksteingebiet vom Expertenteam als Planungsgebiet vorgelegt worden sei. Die Masthöhe hänge von den Geländebedingungen ab und müsse nicht immer im Maximalausmaß ausgeführt werden. Sobald ein Trassenvorschlag, der momentan mit allen Beteiligten verhandelt werde, vorliege, werde dieser breit kommuniziert. p270-60b

*Die Ausschussberatungen endeten um 17.35 Uhr.*

Weitere Meldungen zu diesen Kategorien - [Energie](#) - [Landtag](#) - [Natur](#) - [Politik](#) - [Umwelt](#) - [Eisl](#) - [Blachfellner](#)